

UZ-PRESSEFEST 2003

20.-22. Juni - Dortmund, Revierpark Wischlingen



Das große Fest der Linken mit Hannes Wader, Dietrich Kittner, Brings und anderen. Pünktlich zum Sommerbeginn findet im Dortmunder Revierpark Wischlingen das UZ-Pressesfest - Volksfest der DKP statt. Es ist das größte Fest der Linken. Kommunistinnen und Kommunisten aus allen Bundesländern, aus dem Osten und Westen, aus dem Norden und Süden der Bundesrepublik und andere Linke sind dabei, aber auch Revolutionäre und Kommunisten von allen Kontinenten sind Teilnehmer unseres Festes vom 20.-22. Juni 2003.

Vielfältige Gespräche und Diskussionsforen werden ebenso angeboten wie ein großer Bücherbasar und ein Kunstmarkt.

Im Revierpark wird es wieder eine "Straße der internationalen Solidarität" geben und ein Großzelt "Casa Cuba", ein vietnamesisches und ein griechisches Restaurant sowie ein Frauen-Café.

Die DKP aus allen Regionen wird sich mit



Ständen und Zelten den Besucherinnen und Besuchern vorstellen wie zum Beispiel auf dem Roten Marktplatz Nordrhein-Westfalen.

Mit dabei: ein Kinderzirkus und die "Sächsische Artenschule".

Die zentrale Großveranstaltung findet am 21. Juni auf der Hauptbühne statt. Es treten "Künstler für den Frieden" auf. Darunter sind u. a.: Der Liedermacher Hannes Wader, die Blues-Gruppe Steve Baker & Abi Wallenstein, die Pete-Seeger-

Gruppe aus den USA "Walkabout Clearwater Chorus", die Kölner Rockgruppe "Brings", "Klaus der Geiger" sowie ein kubanisches Ensemble.

Auf anderen Veranstaltungen treten auf: Dietrich Kittner, Attila the Stockbroker, Erich Schaffner, Jane Zahn, die Gruppe "Rotdorn", Kai Degenhardt und viele andere.

Mitfahrmöglichkeit vom linken Niederrhein: Bitte bei unserer Kontaktadresse nachfragen.



Ohne Diktat der Besatzungsmacht

Iraks KP verlangt Machtübergabe an Übergangsverwaltung unter UNO-Aufsicht

Ende Februar veranstalteten wir von der DKP Kreisorganisation linker Niederrhein eine Diskussion mit Rashid Ghewielib, Sprecher der Irakischen KP in Deutschland. Nun nach dem Waffengang, veröffentlichen wir hier ein Interview mit ihm.

Frage: Die Kommunistische Partei Iraks hat am 20. April zum ersten Mal seit 25 Jahren eine Kundgebung in Bagdad durchgeführt. Inwieweit ist sie jetzt nach dem Sturz des Saddam-Regimes im Irak politisch präsent?

Ghewielib: Wir waren schon in der Illegalität - das Saddam-Regime hatte unsere Partei bereits 1978 verboten - eine wichtige politische Kraft in Irak und wir werden dies auch in Zukunft sein. Darauf deutet nicht nur jene Kundgebung hin, sondern auch die Verteilung der ersten achtseitigen Ausgabe unseres Zentralorgans »Tarik Al-Sha'ab« (Der Weg des Volkes) am 20. April in den Straßen Bagdads. Wir haben inzwischen mehrere Büros in Bagdad und anderen Städten eröffnet und sind jetzt über Kurdistan hinaus in fast allen irakischen Provinzen tätig. Unsere Genossen vor Ort sind selbst überrascht über die vielen Menschen, die das Gespräch mit unserer Partei suchen. Der arabische TV-Sender »Al Dschasira« hat aus Bagdad berichtet, dass es dort im Moment zwei stärkere Parteien gibt: die kommunistische und die schiitische Al-Dawa.

F: Irakisch-Kurdistan - die KPI hatte hier in dem Ort Shaklawa quasi ihr Hauptquartier, eingeschlossen bewaffnete Kräfte. Wurde das inzwischen aufgegeben?

G: Die KP Kurdistans, ein Teil unserer Partei, ist in dieser Region natürlich weiter tätig. Aber der Sitz unseres Zentralkomitees befindet sich jetzt in Bagdad.

F: Wie schätzt die KP Iraks die gegenwärtige politische Lage im Lande ein?

G: Die Situation ist offen. Es kann vieles geschehen, auch neue politische Gruppierungen

können entstehen. Unsere Partei arbeitet jetzt mit allen Kräften daran, dass die Besatzung so schnell wie möglich beendet wird und dass die Iraker und Irakerinnen und ihre politischen Parteien nach der Diktatur eine demokratische Alternative errichten können. Vor und während des Krieges wurde viel über bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen nach dem Sturz Saddams gesprochen - das ist nicht geschehen. Auf allen politischen Demonstrationen der letzten Zeit - auch auf dem Millionensmarsch der Schiiten nach Kerbala - wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, gemeinsam in einem Land und ohne fremde Besatzung zu leben. Irak ist nicht Afghanistan.

F: Während der Wallfahrt nach Kerbala haben einige Schiitenführer eine islamische Regierung oder gar ein Gottesstaat in Irak verlangt. Die Position der KP?

G: Ich glaube, das vorherrschende Bild von der Wallfahrt ist nicht ganz richtig. Nach 35 Jahren, in denen die Schiiten ihre religiösen Bräuche nur unter Druck ausüben konnten, war eine solche Manifestation nur natürlich. Und gewiss haben einige Gläubige auch nach einem islamischen Staat gerufen. Auch das halte ich für eine normale Reaktion. Aber ich habe nie von einer irakischen islamischen Partei gehört, dass sie einen islamischen Staat etwa nach dem Vorbild

Irans in Irak aufbauen wolle. Sie reden alle von einem souveränen irakischen Staat. So erklärte der Bruder des Vorsitzenden des Hohen Rates für die Islamische Revolution in Irak, al-Hakim, wir wollen die Besatzung beenden, aber wir wollen keine Kämpfe haben.

F: Welche Rolle sollte nach Ansicht der KP die UNO im Hinblick auf die künftige Entwicklung in Irak übernehmen?

G: Eine sehr wichtige. Die Besatzung unseres Landes durch die USA und Großbritannien muss so schnell wie möglich beendet werden und die Machtübergabe an eine Übergangsadministration unter Aufsicht der Vereinten Nationen erfolgen. Deren vorrangige Aufgabe wäre es, eine Konferenz der Vertreter aller politischen Kräfte unseres Landes einzuberufen. Diese Konferenz sollte dann über die Zusammensetzung einer breiten Koalitionsregierung entscheiden. Die wiederum sollte die Herausbildung demokratischer Strukturen unterstützen und freie Wahlen vorbereiten. Wir sind auf keinen Fall dafür, dass die USA als Besatzungsmacht über die Zukunft Iraks entscheidet.

F: Der USA-Statthalter Jay Garner und der Irak-Sonderbeauftragte von Präsident Bush, Zalmay Khalilzad, haben eine Reihe von Treffen der Opposition über die künftige Gestaltung Iraks geplant. Das erste von ihnen hat bereits in Nasirija stattgefunden und das nächste soll am Montag in Bagdad zustande kommen. Wie steht die KP Iraks dazu?

G: In Nasirija war unsere Partei nicht vertreten. Das gleiche gilt für alle anderen Veranstaltungen oder Treffen, die von den USA organisiert sind. Wie das am kommenden Montag sein wird, weiß ich im Moment nicht. Aber unsere Position war immer, dass die irakischen Parteien selbst die Zukunft ihres Landes in die Hand nehmen müssen - jedenfalls



Foto von der ersten Kundgebung der Irakischen KP in Bagdad nach dem Krieg



Das war der 1. Mai in Krefeld

Ein wenig kämpferischer als sonst war er, der 1. Mai 2003 in Krefeld. Mehrere hundert Kolleginnen und Kollegen trafen sich am DGB-Haus und demonstrierten dann durch die Stadt. Bei der Kundgebung im Stadtgarten waren dann weit über 1000 Leute da. Kritik an den Angriffen der Bundesregierung auf den Sozialstaat war der Hauptinhalt dieser Kundgebung. Mit Recht!

Die DKP Kreisorganisation linker Niederrhein war wieder mit einem Infostand vertreten. Und wir haben deutlich gemacht, was wir von den Vorschlägen der Bundesregierung halten: Nichts!

Hoffentlich bleibt es nicht bei dieser einen Kundgebung. Mehr ist nötig um den Sozialabbau zu bekämpfen. Möglich wär's.

WusstenSie`s?

Das Gesamteinkommen der Welt ist in den letzten zehn Jahren um durchschnittlich zweieinhalb Prozent jährlich gestiegen, während die Zahl der Armen um hundert Millionen angewachsen ist. Das oberste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über ebenso viel Einkommen wie die untersten 57 Prozent.

Impressum + Kontaktadresse

Herausgeber: DKP Kreis linker Niederrhein, Oberdießemer Str. 65, 47805 Krefeld - Verantwortlich: Horst Wilhelms, Tel. 02151/315838 eMail: dkp_krefeld@lycos.de - Eigendruck



Dem Antisemitismus die Stirn bieten

Am 20. Mai 2003 wurde der jüdische Friedhof in Krefeld von Unbekannten verwüstet: Grabsteine wurden umgekippt, ein Zaun eingerissen. Das war keineswegs die erste Tat in Krefeld in der sich der weiterhin vorhandene Antisemitismus dargestellt hat. Im Mai 2002 und im September 2002 wurden Bombenattrappen vor der jüdischen Synagoge in Krefeld deponiert. Die DKP verurteilt all dies auf's schärfste. Wir erwarten, daß die Krefelder Polizei endlich einmal konsequent gegen die rechte Szene vorgeht, anstatt sie dauernd zu verharmlosen.

Es ist erfreulich, wenn die Stadt Krefeld das Jubiläumsfest der Synago-

ge im Juni unterstützt. Doch wie wäre es mit etwas mehr Nachdruck gegen Rechts? Wir möchten darauf hinweisen, daß das Mahnmal für die Synagoge an der Petersstrasse, auf eine Initiative des Krefelder Kommunisten Aurel Billstein hin entstanden ist. Erst der nachhaltig vorgetragene Wunsch der Arbeitsgemeinschaft der NS-Verfolgten und ihres damaligen Sprechers Billstein, unterstützt durch Presseveröffentlichungen, führte 1973 zur Errichtung des Mahnmals. Auch bei der Einweihung des Mahnmals blieben damals die Wort des OB Hauser (CDU) farblos und kalt, und es gab kein Gespräch, keinen Empfang für die weithin gereisten jüdischen Gäste. Es gab damals auch keinen Kranz der Stadt am Mahnmal.

Wir sind auch im Internet:

WWW.DKP-LINKER-NIEDERRHEIN.DE

“Was ist das für ein merkwürdiges ökonomisches Gesetz für die Bewegung der Arbeitslöhne, daß sie ‘fortwährend sinken’ müssen, ‘bis die gesamte Arbeiterbevölkerung Beschäftigung findet’? Hier erleben wir also die originelle Erscheinung, daß, je mehr die Löhne sinken, um so höher der Grad der Beschäftigung steigt. Bei dem äußersten Tiefstand der Löhne wird die ganze Reservearmee aufgesogen! Auf der platten Erde, auf der wir leben, pflegt es gerade umgekehrt zu gehen: Das Sinken der Löhne geht Hand in Hand mit zunehmender Arbeitslosigkeit, ihr Steigen mit zunehmender Beschäftigung. Beim Tiefstand der Löhne ist gewöhnlich die industrielle Reservearmee am größten, beim Höhepunkt des Lohnniveaus wird sie mehr oder minder aufgesogen.”

Rosa Luxemburg



Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleinern Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas -: vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahingegangen, wohin sie gehören: zu einer Arbeiterpartei. So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen.

Kurt Tucholsky

Mai 2003: Generalstreik in Österreich gegen die Pensions"reform" - 2 Millionen demonstrieren in Frankreich gegen die Renten"reform". Und in Deutschland?

WO IST DIE KONSEQUENZ?!



Gerhard Schröder am 14.03.2003:

„Wir werden das Arbeitslosengeld für die unter 55-Jährigen auf zwölf und für die über 55-Jährigen auf 18 Monate begrenzen, weil dies notwendig ist, um die Lohnnebenkosten im Griff zu behalten. Es ist auch deswegen notwendig, um vor dem Hintergrund einer veränderten Vermittlungssituation Arbeitsanreize zu geben.“

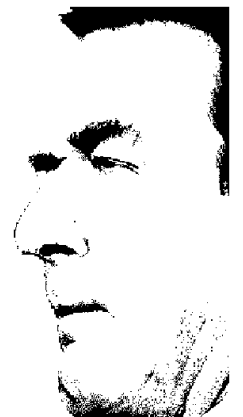
(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Helle Begeisterung bei den Roten!)

Im Klartext: (Ältere) Arbeitslose belasten die Sozialkassen und den Arbeitsmarkt. Das heißt:

Bekämpfung der Arbeitslosen statt der Arbeitslosigkeit

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau.“

SPD-Wahlprogramm 2002



Gerhard Schröder am 14.03.2003:

„Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe - auch das gilt es auszusprechen-, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird“